

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Freiheit und Dienst

Christen für den Sozialismus – Kirche im Sozialismus



208

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

C 410

Eing.-Nr. 13.199/27
Sign. C 410

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Freiheit und Dienst

Christen für den Sozialismus – Kirche im Sozialismus

1977

Eing.-Nr.
Sign.

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referats vor dem
10. Evangelischen Pfarrertag in der DDR am 28. September 1977
in Magdeburg

Christlich - Demokratische Union
Zentrale Schulungsstätte „Otto Nuschke“

Eing.-Nr. 13.199/77

Sign.

V-14-8 Ag 224/204/77 535

LSV 0479

Der Sozialismus ist für alle Bürger da

Nicht jeder von uns wird sich sogleich daran erinnern können, warum der Tag, der heute exakt zehn Jahre und einen Monat zurückliegt, der 28. August 1967, ein gewissermaßen denkwürdiges Datum ist. Es war nämlich der Montag der ersten durchgängigen fünftägigen Arbeitswoche in der DDR. Ich sage das nicht etwa, weil Sie als Pfarrer gewöhnlich nicht in den Genuß des freien Sonnabends und Sonntags kommen, sondern weil das ein so eindrucksvolles Beispiel für die Stabilität der Entwicklung der DDR darstellt.

Solide und verlässlich — das sind überhaupt gravierende Merkmale der steten sozialen Progression unseres Landes. Sicherlich, wer hätte sich nicht manchmal auf diesem oder jenem Gebiet ein noch schnelleres Tempo erhofft! Doch das, was wir uns an verbesserten Lebensbedingungen erarbeitet haben, das haben wir auch bewahrt und weiter ausgebaut. Und das scheint mir wahrlich etwas zu sein, was einen mit Befriedigung und dem Gefühl der Sicherheit erfüllen kann — ganz im Gegensatz zu Millionen von arbeitsfähigen Menschen in anderen Ländern, für die die Woche sieben arbeitslose Tage hat und die froh wären, wieder zu fünf Arbeitstagen zurückkehren zu können.

Internationale Anerkennung hat der wirtschaftliche Weg der DDR aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges in die Reihen der zehn bedeutendsten Industrieländer der Welt gefunden. An vielen Beispielen ließe sich unser wirtschaftlicher Aufschwung belegen. Doch besonders plastisch für jeden sind wohl seine sozialen Auswirkungen, insbesondere, wenn man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet. Daher einiges aus diesem Bereich.

Es gibt buchstäblich keine Familie und keinen Bürger, die nicht in den Genuß einer Reihe sozialer Verbesserungen gekommen wären.

- Um nicht weniger als 40 Prozent hat sich das Durchschnittseinkommen der vollbeschäftigten Werktätigen der volkseigenen Wirtschaft in den 10 Jahren seit 1967 erhöht, wobei die niedrigen Lohngruppen besonders berücksichtigt wurden.
- Um 50 Prozent sind die Altersrenten in dieser Zeit im Durchschnitt gestiegen. Und inzwischen, am 1. Dezember vorigen Jahres, sind die Mindestrenten noch einmal zwischen 12,5 und 15 Prozent angehoben worden.

● Allein seit 1971 verbesserten sich für mehr als 2 Millionen Bürger die Wohnverhältnisse.

● Für praktisch alle Werktätigen ist der Jahresurlaub länger geworden. Der Schwangerschafts- und Wochenurlaub wurde auf 26 Wochen verlängert. Erweitert wurde der Kreis der berufstätigen Frauen, die einen monatlichen Hausarbeitstag erhalten.

● Für 1,2 Millionen Schichtarbeiter wurde die Arbeitszeit auf 40, für weitere 600 000 Werktätige auf 42 Stunden pro Woche verkürzt. 300 000 Mütter mit wenigstens zwei Kindern bis zu 16 Jahren arbeiten ebenfalls nur noch 40 Stunden – all das ohne Lohnminderung.

Allein diese Beispiele dürften schon genügen, um die Politik unseres Staates als Politik im Interesse der werktätigen Menschen zu kennzeichnen.

Dienst am Menschen – das sind auch die guten Fortschritte, die die Friedenspolitik der DDR gemacht hat. Die Entspannung ist seit Anfang der siebziger Jahre ein gutes Stück vorangekommen; und die Menschen in unserem Lande haben daraus vielfältigen Nutzen gezogen. Der Friede, der seit nunmehr 32 Jahren in Europa herrscht, ist weiter gefestigt worden. Ein jeder Bürger unseres Landes kann sein Leben in Sicherheit und frei von Angst gestalten, wemgleich es uns noch große Sorgen macht, daß die militärische Entspannung hinter der politischen zurückbleibt.

Im Zuge der Entspannung haben sich auch die so oft und so heiß diskutierten Möglichkeiten des Reiseverkehrs mit nicht-sozialistischen Ländern wesentlich verbessert. Und dieser Verkehr verläuft keineswegs auf einer Einbahnstraße von dort nach hier, wie manche meinen. Seit Anfang 1973 bis jetzt sind etwa 30 Millionen Einreisen aus der BRD mit ihren 60 Millionen Einwohnern zu verzeichnen. Dem stehen rund 10 Millionen Ausreisen aus der DDR mit ihren 17 Millionen Einwohnern in die BRD gegenüber.

In westlichen Massenmedien gibt es fast täglich ein großes Zetern über Zurückweisungen von Bürgern der BRD oder Westberlins an unseren Grenzen. Prüft man die Sache aber, dann ergibt sich, daß das ganze 0,5 Promille aller Einreisefälle betrifft. Das spricht doch wohl für sich selbst.

Besonders erfreut sind wir über die ständig enger werdende Freundschaft und Zusammenarbeit mit unseren sozialistischen Nachbarländern, der Volksrepublik Polen und der ČSSR, die zum paß- und visafreien Reiseverkehr geführt haben.

Indem der Sozialismus gebaut und ausgestaltet worden ist, haben sich auch die Menschen verändert. Dieser Prozeß ist nicht bei jedem gleichmäßig verlaufen und bei dem einen weiter fort-

geschritten als beim anderen. Doch immer mehr Menschen spürten immer deutlicher, daß in diesem Lande die wirtschaftlichen und sozialen, die innen- und außenpolitischen Ziele auf die Interessen der werktätigen Bevölkerung gerichtet sind. Im Maße dieser Einsicht prägten sich Eigenschaften wie Verantwortung für das Ganze, Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit, Brüderlichkeit, Liebe zur Heimat und Solidarität immer tiefer aus.

Ebenso war es mit der Erfahrung, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Menschen sich mit dem Sozialismus geschaffen haben, das Leben des einzelnen lebenswerter machen, ihm Selbstverwirklichung in der Gesellschaft ermöglichen, ihn seinen Selbstwert voll entdecken lassen. Alle haben ihre Chance.

Allerdings wird jeder auch immer wieder herausgefordert, mitzutun, mitzuentcheiden, Bürgersinn zu beweisen. Das empfindet mancher als unbequem oder vielleicht sogar als lästig. Aber wo ist denn uns Christen Bequemlichkeit verheißen? Macht es das Leben nicht wertvoller, für andere dasein zu können, als im Abseits zu bleiben, ungefordert, ungefragt, unnötig?

So wachsen sozialistische Persönlichkeiten – nicht als genormte Serienfabrikate, sondern in individueller Unverwechselbarkeit; nicht als irgendwann Vollendete, sondern zeit des Lebens in Entwicklung begriffen; nicht als Individualisten, sondern in ihrer Individualität als Glieder einer Gemeinschaft.

So unterschiedlich wirksam es für den einzelnen sein mag – alles in allem zeigt sich immer deutlicher, wie in unserer sozialistischen Gesellschaft der gemeinsame materielle und geistige Besitzstand wächst, der Friede sicherer wird, die Persönlichkeit sich formt. Der Sozialismus ist realer Humanismus; und er ist es nicht nur für einige, sondern für alle seine Bürger.

● Seine Vorzüge kommen allen zugute, ob sie Arbeiter, Angestellte, Handwerker oder Gewerbetreibende, Genossenschaftsbauern, Wissenschaftler oder Künstler, Gemeindepfarrer oder Bischöfe sind.

● Allen dient der Sozialismus, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Stellung, von Nationalität, Rasse, Weltanschauung oder religiösem Bekenntnis.

● Alle sind angesprochen, ob Männer, ob Frauen, ob sie noch Kinder sind, ob sie in der Blüte ihrer Jahre stehen oder am Abend ihres Lebens. Und um die schwächsten Glieder der Gemeinschaft haben wir uns stets am meisten gekümmert.

An dieser Ordnung der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit, des Friedens und der Mitmenschlichkeit sind wir christlichen Bürger als Mitgestalter beteiligt. Was uns dazu besonders bewegt, formulierte der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Gerald G ö t t i n g, einmal so:

„Wenn von der Freiheit der Christen in unserer sozialistischen Republik die Rede ist, so muß vor allem darauf verwiesen werden, daß hier erstmals in unserer Geschichte die gesellschaftlichen Überzeugungen und Anliegen friedliebender und sozial verantwortungsbewußter Christen zutiefst mit den Auffassungen und Zielen der gesamten Gesellschaft übereinstimmen und mit der fortschreitenden Gestaltung des entwickelten Sozialismus immer umfassender verwirklicht werden.“

Gewiß, am Anfang waren es noch nicht so viele Christen, die erkannt hatten, daß sie mit der Gestaltung der neuen Ordnung zugleich auch ethischen Werten ihres Glaubens gesellschaftliche Gestalt gaben, und die in dieser Gewißheit die gewaltigen revolutionären Veränderungen hin zum Neuen mitgetragen haben. Aber mit der Zeit wurden es immer mehr, die sich vom Beispiel ihrer Mitchristen überzeugen ließen, die vom täglichen Leben und praktischen Erleben veranlaßt wurden, den Sozialismus anzunehmen, die sich im aktiven Sinne in ihn hineingenommen wußten. Heute sind es Ungezählte, die erfahren haben, wie eng zentrale Werte des Evangeliums und Grundwerte des Sozialismus einander berühren.

Von Ausbeutung freie Arbeit, wie sie im Sozialismus möglich ist, kann uns Christen voll zum Dienst an Gottes Schöpfung und am Mitmenschen werden. Kameradschaft und gegenseitige Hilfe als Charakteristika für sozialistische Produktionsverhältnisse können uns Christen Grundlage sein, gesellschaftlich verantwortlich zu leben, dazusein für andere. Ineinandergefügt sind die Kreise von Bürgerpflicht und Christenpflicht.

Freiheit und Dienst zur Wahrnehmung von Bürgerpflicht und Christenpflicht

Engagement und Verantwortung der Christen in unserer sozialistischen Gesellschaft – das ist tagtägliche Praxis und nicht etwa eine Leerformel.

In vielen Bereichen unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens, in Produktion und staatlicher Verwaltung, in Wissenschaft und Kultur stehen wir Christen unseren Mann – zum Teil in hoher Verantwortung. Wir tun es mit Selbstverständlichkeit, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Staatsbürger haben wir dazu die Möglichkeit – durch die Übereinstimmung von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit garantiert –, und wir nutzen die gebotenen Chancen.

Man könnte es auch so ausdrücken: „Wir müssen einfach se-

hen, daß es eine Fülle von Christen gibt, die bei uns auf allen Ebenen im Dienst der Allgemeinheit mitarbeiten. Sie haben die Chance dazu und werden gebraucht. Dies wird auch immer wieder deutlich gesagt: Wir können auf keinen verzichten.“

Diese Formulierung stammt von Bischof Albrecht Schönherr, und zwar aus einem Interview mit der Stuttgarter Monatsschrift „Evangelische Kommentare“ vom März 1977. Sie entspricht zweifellos der Realität, und sie entspricht auch unserem Verständnis der sozialistischen Gesellschaft und unserer sozialistischen Demokratie.

Bemerkenswert ist aber ebenso, in welcher überzeugender Weise sich Christen der Aufgabe stellten und stellen, ihr Christsein in die engagierte Mitarbeit an der Ordnung des Sozialismus einzubringen – eine Aufgabe, für die die Kirchengeschichte kaum Analogien kennt.

Freilich verstehen nicht alle Christen, die in unserem Staat mitarbeiten, ihre Mitarbeit jederzeit und ausdrücklich als Konsequenz ihres christlichen Glaubens. Aber sehr vielen wurde und wird deutlich, daß ihr Engagement für die sozialistische Ordnung durchaus etwas damit zu tun hat. Sie gehen davon aus, daß Christsein etwas anderes meint als nur das Akzeptieren zeitloser Wahrheiten oder das Besorgtsein um das persönliche Seelenheil.

Ich denke dabei an ein Wort Dietrich Bonhoeffers. Er schrieb: „Es gibt doch nun einmal Dinge, für die es sich lohnt, kompromißlos einzutreten. Und mir scheint, der Friede und die soziale Gerechtigkeit, oder eigentlich Christus, sei so etwas.“ Die Selbstverständlichkeit, mit der hier Friede, sozial gerechtes Handeln und Christus in eins gestellt werden – das, so glaube ich, ist doch ein einleuchtender Grund christlichen Eintretens für den Sozialismus.

Wer das Praktizieren des Glaubens nicht auf die enge persönliche Sphäre begrenzt, sondern als umfassende Verantwortung für das Wohl des Nächsten auch auf gesellschaftliche Dimensionen bezieht, der versteht ebenso die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und damit auch politischen Realität.

Wodurch ist die politische Realität gekennzeichnet?

Wir leben in keiner heilen Welt – gewiß nicht. Wir leben aber alle gemeinsam in einer Welt. Es ist ja bekannt, welche Rolle der Begriff der „One World“ in der Ökumene gegenwärtig spielt. Leider müssen wir feststellen, daß er häufig systemindifferent interpretiert wird. Diese eine Welt war und ist alles andere als eine einheitliche. So sehr auch wir Christen bedauern, noch nicht in einer Welt der Einheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit leben zu können – diese neue,

ersehnte Welt, die in den Kirchen auch mit der Formel von einer gerechten, partizipatorischen und verantworteten Gesellschaft bezeichnet wird, fällt uns nicht in den Schoß.

Aber seit 60 Jahren hat eine solche Welt eine reale Chance – mehr noch, sie ist seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in einem immer größeren Teil der Erde schon von der Vorstellung zur Realität gereift. Wer ihre Entwicklung aufmerksam verfolgt, weiß, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus erkämpft werden mußte und muß – nach unserem Willen unter Ausschluß von Krieg. Christen, die ihren Glauben auch als Weltverantwortung ernst nehmen, verstehen, daß sie in diesem Kampf weder abseits bleiben noch auf einem Balkon über den Barrikaden der weltweiten Auseinandersetzungen den Richter spielen können.

Diese Einsicht gewinnen nicht nur Christen hier bei uns. Reverend Franciscus van der Hoff aus Mexiko sagte in einem Gespräch über die Teilnahme lateinamerikanischer Christen am Ringen um den Fortschritt: „Das soziale Engagement christlicher Arbeiter und armer Bauern ist herübergewachsen in ein politisches Engagement. Unterschiedliche politische Modelle für eine menschliche Gesellschaft wurden entwickelt. Aber immer stärker setzt sich auch bei den Gläubigen eine marxistische Interpretation der Realität und ihrer Veränderung durch. Sie erkennen dabei, daß Kampf für den Frieden und Gerechtigkeit Kampf gegen den Imperialismus bedeutet. In diesem Zusammenhang steht auch die Auseinandersetzung mit denen, die Kapitalismus und Sozialismus durcheinanderbringen, die nicht erkennen, daß der Sozialismus ein notwendiger Schritt weiter in der Geschichte, die Alternative zum Kapitalismus ist.“

Ich halte diese Feststellung aus drei Gründen für sehr bemerkenswert:

Erstens bestätigt sie, daß sich soziales Engagement, wenn es nicht nur Symptome kurieren will, sondern dem Übel an die Wurzel geht, nicht mehr vom politischen Engagement trennen läßt. Politisches Engagement heißt immer auch Parteinahme. Weder die Christen in Lateinamerika noch wir verstehen politische Parteinahme als wesensfremden Zusatz zum Glauben, sondern vielmehr als dessen legitime, ja gebotene Konsequenz.

Zweitens bekräftigt der mittelamerikanische Theologe, daß sich Christen heute in der Welt nicht zwischen beliebigen vielen, sondern zwischen zwei politischen Grundkonzeptionen zu entscheiden haben: zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die sich weder durcheinanderbringen noch mit dem Etikett „Industriationen“ auf eine Stufe stellen noch unter dem Vor-

zeichen eines „Nord-Süd-Gefälles“ zwischen Reichen und Armen nivellieren lassen.

Und drittens schließlich hebt Reverend van der Hoff hervor, daß sich bei den Gläubigen immer stärker eine marxistische Interpretation der Realität und ihrer Veränderung durchsetzt. Das gilt keinesfalls nur für Lateinamerika. Das ist andererseits aber weder dort noch bei uns seit eh und je Selbstverständlichkeit.

Aber heute gehört es längst zur täglichen Praxis, daß wir Christen in beruflicher und gesellschaftlicher Arbeit Erkenntnisse der Gesetzmäßigkeiten sozialistischer Gesellschaftsentwicklung anwenden. Wir geraten damit durchaus nicht in Zwiespalt mit unserem Glauben. Vielmehr empfinden wir es als völlig legitim, daß auch Christen zur effektiven Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung die Gesetzmäßigkeiten dieser Entwicklung als Instrumentarium studieren und anwenden. Was sollte sie auch daran hindern?

Ich darf Sie an die Worte Paul Verners auf der Veranstaltung meiner Partei am 8. Februar 1971 in Berlin erinnern: „Wir machen es den Christen nicht zur Bedingung, daß sie ihren religiösen Glauben aufgeben, um vertrauensvoll mit uns Marxisten zusammenzuarbeiten.“ Ebenso knüpften Marxisten zu keiner Zeit an die Einladung zur Mitarbeit die Erwartung eines Synkretismus, einer Verschmelzung des christlichen Glaubens mit marxistisch-leninistischen Auffassungen im Sinne eines „Bindestrich-Christentums“.

Für diese Mitarbeit garantiert, wie es im Programm der SED ausgedrückt wurde, der sozialistische Staat allen Bürgern die politischen Freiheiten und Rechte, darunter bekanntlich die Gleichberechtigung, unabhängig von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung. Eine solche Garantie stellt alles andere als etwa nur eine Konzession dar; sie gehört vielmehr zum Wesen der mit einer sozialistischen Revolution eröffneten neuen Lebensformen der Bürger.

Ich erinnere daran, daß der Exarch des Moskauer Patriarchen, Metropolit Philaret, in seinem Referat auf dem Gedankenaustausch zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution ausführte, daß die Revolution das Wesen der menschlichen Beziehungen selbst veränderte. „Sie hatte“, so sagte er, „die Gleichheit aller Bürger der jungen Sowjetrepublik verkündet. Feindschaft und Fehde zwischen Angehörigen verschiedener Rassen und Völkern und zwischen Menschen verschiedener Überzeugung, Glaubenshaltung und sozialer Stellung waren aus dem gesellschaftlichen Bereich verbannt.“

Sozialistisches Bewußtsein als eine Kategorie, die sich im einzelnen Menschen nie ganz vollkommen darstellen wird und

kann, beschrieb Werner L a m b e r z, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, in einem Vortrag vor Führungskadern der CDU. „Im Kopf jedes einzelnen Menschen“, führte er wörtlich aus, „existiert es immer nur unvollkommen, teilweise, unfertig. Jedes Individuum eignet sich im Laufe seines ganzen Lebens mehr oder weniger davon, mehr oder weniger gründlich verarbeitet, an. Und dies – wie gesagt – auf recht unterschiedliche Weise je nach Herkommen, Bildung, Beruf, Lebenserfahrung.“

Demnach ist es doch wohl, meine ich, weder ein Makel noch Zeichen besonderer Unvollkommenheit, daß wir die atheistische Konsequenz im Marxismus-Leninismus nicht nachvollziehen, wie wir Christen es auch ganz offen aussprechen. Ebenso wäre das aber kein Hinderungsgrund, die modernen Gesellschaftswissenschaften zu kennen und im gesellschaftlichen Handeln anzuwenden. Dafür kann unser Glaube genausowenig Ersatz sein wie für die Aneignung und Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse.

Deshalb wäre es ein fundamentaler Fehler, dem Marxismus-Leninismus, der sozialistischen Ideologie, unseren christlichen Glauben gewissermaßen als gesellschaftspolitische Antikonzeption gegenüberzustellen. Wer Glaube und Ideologie nicht undifferenziert in eins setzt oder in Konkurrenz zueinander sieht, wird auch nicht Kenntnis mit Bekenntnis oder Anwendung mit Normierung verwechseln.

Ich stimme voll mit den Christen überein, die darauf hingewiesen haben, daß es sich nicht um die Frage handeln kann, ob sich ein Christ von seinem Glauben oder von der sozialistischen Ideologie bestimmen läßt. Die Aneignung und Anwendung von Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus steht also nicht als Alternative, sondern als Zuordnungsfrage

Zum einen wird menschliches Denken niemals nur eindimensional beeinflusst. Zum anderen ist ja bekannt, daß sich auch der christliche Glaube seit jeher innerhalb weltanschaulich-ideologischer Systeme artikuliert hat. Jeder Christ wird daher in seinem gesellschaftsbezogenen Handeln auch von der Ideologie geprägt, die seine Umwelt bestimmt, die er sich in geistiger Auseinandersetzung aneignet und die mit seinem Glauben zusammentrifft.

Für uns ist das die sozialistische Ideologie, die – sehr im Unterschied zu bürgerlicher Ideologie – durchaus nicht zur Vermischung mit christlichen Glaubensaussagen neigt.

Je intensiver wir Christen uns aber mit geistigen Grundlagen der sozialistischen Ideologie beschäftigen haben, desto deutlicher wurden uns die Berührungspunkte mit den ethischen Konsequenzen des christlichen Glaubens – desto deutlicher trat auf

der anderen Seite die Unvereinbarkeit eines unverfälschten Christentums mit bürgerlicher Ideologie zutage, und wenn sie sich noch so offen für Religion gibt.

Auch darin sind wir uns mit Marxisten einig: Der Hauptwiderspruch in der Welt besteht nicht zwischen Marxismus und Christentum, sondern zwischen Sozialismus und Kapitalismus. D a r a u f – und nicht etwa auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Christen und Marxisten – bezieht sich die Unmöglichkeit ideologischer Koexistenz.

Der gemeinsame politische Kampf sollte keinesfalls mit Differenzen in erkenntnistheoretischen Fragen verwechselt werden. Geistige Auseinandersetzung zwischen Theismus und Atheismus gibt es seit Jahrhunderten und wird es weiter geben – schon weil der Wahrheitsanspruch beider Überzeugungen eine Indifferenz verwehrt, die letztlich auf Gleichgültigkeit hinausläufe.

In dem historisch gewachsenen und gefestigten Miteinander von Christen und Marxisten stand auch nicht die abstrakte Frage nach Toleranz als Bedingung im Vordergrund, sondern vielmehr die gemeinsame Verantwortung. Sie hebt die weltanschaulichen Unterschiede und den Wahrheitsanspruch der jeweiligen Überzeugung zwar nicht auf, stellt aber das Gemeinsame über das Trennende. Vertrauensvolle Zusammenarbeit bedeutet nach unseren Erfahrungen – historisch gesehen – Toleranz in neuer Qualität.

In unserer Republik – darin stimmen die ganz persönlichen Erfahrungen zahlreicher christlicher Mitbürger überein – wird die Glaubensüberzeugung gesellschaftlich engagierter Christen nicht nur toleriert, sondern als legitime geistige Grundhaltung geachtet. Dies aber geschieht weder aus Gleichgültigkeit noch aus Inkonsequenz in Weltanschauungsfragen. Vielmehr steht dahinter der Respekt gegenüber der klaren politischen Parteinahme der Christen, die als Konsequenz ihres Glaubens nicht den Vorbehalt, sondern ehrliche Mitarbeit und Mitverantwortung wählen.

Wir empfinden es weder als Mangel noch als Zeichen von Opportunismus, sondern im Gegenteil als sinnfällige Entsprechung des gemeinsamen humanistischen Anliegens, wenn Christen und Marxisten im gesellschaftlichen Handeln an einem Strang ziehen können.

Wir haben dabei einen „authentischen“, das heißt aus der eigenen geistigen Position heraus geborenen und der Sache dienlichen Beitrag zu leisten, wenn es um Fragen geht, die Leben und Zukunft der Menschen bestimmen. Was wir Christen an substantiell Eigenem in unsere Mitarbeit einbringen – diese Frage richtet sich doch wohl an uns selbst. Wir haben

durchaus die Möglichkeit, das, was an unserem Glauben gemeinschaftstragende Kraft besitzt, auch in die gemeinsame Arbeit einzubringen und zum Wohl aller wirksam werden zu lassen. Und wir haben diese Möglichkeit genutzt.

● Christliche Nächstenliebe wird tausendfältig geübt, nicht nur in den diakonischen Einrichtungen, ebenso auch in der vielfältigen Fürsorge christlicher Bürger für ihre Mitmenschen, im echten Tragen der Last des anderen. Das ist nur ein Beispiel, wengleich, meine ich, ein sehr wesentliches.

● Als politisch engagierte Christen können wir bezeugen: Unser Wort hat Gewicht und wird gehört. Hinter der Mitarbeit meiner Partei an Grundsatzdokumenten wie der Verfassung oder an Gesetzesvorlagen, wie jüngst erst dem neuen Arbeitsgesetzbuch, stehen Impulse und Anliegen unseres christlichen Glaubens.

Oder denken wir an das Schaffen christlicher Künstler im weltlichen und sakralen Bereich. Mit ihrer ganz spezifischen geistigen Substanz sind sie geachtete und willkommene Mitgestalter unserer sozialistischen Nationalkultur.

Der Anteil religiöser Publikationen an der Gesamtzahl der von den Verlagen der DDR produzierten Titel beträgt bekanntlich 12 Prozent – das ist nicht nur beachtliche Quantität, sondern auch Qualität. Schließlich liegt auf der Hand, daß mit diesem umfangreichen publizistischen Schaffen und nicht zuletzt mit den vielfältigen Formen kirchlicher Verkündigung – einmal ganz abgesehen vom persönlichen Glaubenszeugnis des einzelnen Christen – bedeutende Möglichkeiten spezifischer geistiger Einflußnahme gegeben sind.

Wer könnte da im Ernst behaupten, substantiell eigene Beiträge von Christen in Staat und Gesellschaft seien nicht erwünscht oder nicht möglich?

Durch die tägliche, selbstverständliche Mitarbeit haben wir aber nicht nur erfahren, daß wir unseren Glauben mit einbringen können. Uns wurde ebenso bewußt, ja persönlich erlebbar, wie eng sich Grundanliegen unseres Glaubens mit wichtigen Maximen sozialistischen Lebens und Arbeitens berühren.

Im Arbeitsprozeß beispielsweise lernten wir den Kollegen nicht nur als Partner in der beruflichen Tätigkeit kennen, sondern als Menschen mit ausgeprägter Individualität, der Erfüllung und Glück auch im Berufsleben sucht, der mit seinen Sorgen zum Kollektiv kommt, der dort Verständnis, Hilfe und schlichte Mitmenschlichkeit sucht – und findet.

Durch das Eingehen der gewiß oft belastenden, aber auch beglückenden gesellschaftlichen Verpflichtungen erschloß sich uns im persönlichen Erleben, wie der Kollege oder Nachbar zum Nächsten wird. Wir erfuhren, daß sozialistische Verhal-

tensweisen oder „Dasein für andere“ – wie auch immer man es bezeichnet – weder am Werkort noch an der eigenen Wohnungstür aufhören. Wir lernten ermessen, wie in den Beziehungen unserer Bürger Mitmenschlichkeit, gegenseitige Achtung, Hilfsbereitschaft vom Postulat zur Realität reifen können.

Ohne in die Illusion zu verfallen, unsere gesellschaftliche Ordnung könnte eine heile, konfliktlose Welt oder gar das Reich Gottes auf Erden werden, trugen und tragen wir selbst dazu bei, daß der dem Sozialismus immanente Humanismus für den einzelnen immer mehr greifbar und erlebbar wird.

Erlebbar wurde so – und darauf kommt es mir an –, wie Maximen christlicher Lebenshaltung sich eng mit sozialistischen Maximen gesellschaftlichen Zusammenlebens berühren und, ohne in Widerspruch mit der Gesellschaft zu geraten, in ihr Verwirklichung finden. Ich glaube, daß die tiefe rationale, vor allem aber die emotionale Verbundenheit vieler Christen mit unserem sozialistischen Staat nicht unwesentlich dieser Quelle entspringt.

Wie gesagt, wir erliegen dabei gewiß nicht der Versuchung, den Sozialismus/Kommunismus mit einem Reich absoluter Vollkommenheit zu verwechseln. Ebenso hat auch kein Marxist daran Interesse, das Ziel unserer gesellschaftlichen Entwicklung mit religiösen Kategorien umschrieben oder „gesegnet“ zu sehen. Wohl aber gibt es eine deutliche Affinität zwischen dem, was aus dem Evangelium für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Menschen abzuleiten ist, und den Prinzipien, von denen der Sozialismus ausgeht.

Dieser Zusammenhang wird erfreulicherweise auch im kirchlichen Raum immer deutlicher erkannt und ausgesprochen. Ein Synodaler der Kirchenprovinz Sachsen, der auf der Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU am 1. September 1977 zur Diskussion sprach, wies auf Ausführungen seines Bischofs auf dem Kirchentag in Halle 1976 hin. Bischof Dr. K r u s c h e hatte dort ausgeführt, Ziel der Wege Gottes gemäß der biblischen Verheißung seien der neue Himmel und die neue Erde, in welchen Gerechtigkeit wohne. Dieses Hoffnungsgut stehe nicht beziehungslos zu den Zukunftsentwürfen von uns Menschen; vielmehr bestehe hier das Verhältnis der Entsprechung:

„Alles, was dazu dient, daß weniger geweint, weniger gelitten, daß Freude vermehrt wird, daß die Menschen in Gerechtigkeit und Frieden miteinander leben können, daß gegen den Tod und das Töten in allen seinen Gestalten gekämpft wird, signalisiert die neue Schöpfung, liegt in der Richtung der verheißenen Gottesherrschaft, auch wenn es von Nichtchristen

in Gang gesetzt und gehalten wird. Hier werden Christen sich immer bewußt engagieren.“

Der Bischof zog hieraus den Schluß: Weil das so sei, brauchen wir uns in keine Alternativen drängen zu lassen, sondern seien frei dazu, im Rahmen der von uns bejahten sozialistischen Ordnung in einem an Gottes Gebot und Verheißung orientierten Handeln – und also in mündiger Mitverantwortung – das jeweils den Menschen und der Menschheit Dienliche zu tun.

So kann uns denn auch jene Kampagne nicht anfechten, die antisozialistische Kreise unter dem Stichwort „Menschenrechte“ führen. Wir sehen sehr wohl, daß diese Kampagne von Kreisen ausgeht, die in ihren eigenen Ländern ein so eklatantes und hartnäckiges Defizit an elementaren Menschenrechten zu verzeichnen und zu verantworten haben. Denken wir doch allein an Hunger und Arbeitslosigkeit. Legt denn das nicht den Verdacht nahe, daß es in dieser Kampagne gar nicht um die Menschen, sondern gegen den Sozialismus geht?

Im übrigen sind nirgends in der Welt schon alle individuellen Menschenrechte für alle Menschen durchgesetzt. Doch im Gegensatz zu nichtsozialistischen Ländern gibt es in ausbeutungsfreien Gesellschaften wie bei uns einen entscheidenden Vorsprung. Das ist die Realisierung der sozialen Menschenrechte, auf deren Grundlage die individuellen überhaupt erst von der Formalität zur Realität, also Schritt für Schritt für jeden praktikabel werden. Liegt es da nicht auf der Hand, daß die Realisierung aller Menschenrechte für alle Menschen im Sozialismus gewiß am besten möglich ist?

Kirche im Sozialismus

Unser gesellschaftliches Engagement als Christen und die Position der Kirchen in der Gesellschaft liegen naturgemäß auf unterschiedlichen Ebenen. Die Position der Kirchen in der Gesellschaft wird aber nicht unbedeutend von der Präsenz ihrer einzelnen Glieder in der Gesellschaft beeinflusst.

Mit dem beruflichen und gesellschaftlichen Engagement christlicher Bürger unseres Landes hat sich auch das geistige Profil der Kirchengemeinden verändert – nicht spektakulär, oft unmerklich, aber stetig.

Gemeindeglieder, die in ihrer Tätigkeit selbst Einfluß auf die Gestaltung ökonomischer, politischer oder kultureller Prozesse ausüben, brauchen nicht lange theoretisch über Ob und Wo christlicher Existenz im Sozialismus zu spekulieren. Bürgerpflicht und Christenpflicht traten in ein harmonisches Bezugs-

verhältnis zueinander. Wie wirkt das auf das kirchliche Selbstverständnis?

In dem erwähnten Interview mit den „Evangelischen Kommentaren“ erklärte Bischof Schönherr: „Kirche für den Sozialismus“ wäre eine Formulierung, die ich so nicht für möglich halte. ‚Kirche für den Sozialismus‘ könnte den Eindruck erwecken, der Sozialismus sei Gegenstand der Botschaft der Kirche. ‚Christen für den Sozialismus‘ ja: das ist möglich.“

Auch in unserem Staat hat niemand daran Interesse, daß Kirchen bei der Bestimmung ihrer gesellschaftlichen Haltung Ort und Inhalt ihres Auftrages verwechseln. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal Paul Verner zitieren: „Es hat zwar eine Verpreußung der evangelischen Kirchen und nationalistische, ja sogar faschistische Verfälschungen der christlichen Botschaft gegeben – eine ‚Sozialisierung‘ der christlichen Lehre hat es bisher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben.“

1971 brachte in Eisenach die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ihre Position auf die prägnante und von der Görlitzer Synodaltagung 1977 ausdrücklich bestätigte Formel: „Wir sind Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus.“ Wenn diese Formel sich inzwischen als solid und auch in Situationen der Belastung als tragfähig erwiesen hat, so aus gutem Grund.

- Sie ist tragfähig, weil mit dem Verfassungsprinzip der Trennung von Staat und Kirche den Kirchen die äußere Freiheit zu Zeugnis und Dienst garantiert ist – ohne die verhängnisvollen Bindungen der Vergangenheit, aber auch ohne jede Nötigung, sich in ein selbstgewähltes Getto zurückzuziehen.
- Sie ist tragfähig, weil eine kontinuierliche Staatspolitik gegenüber den Kirchen vertrauensvolle Beziehungen ermöglicht hat und weiter fördert.
- Sie ist tragfähig, weil sie den Interessen der Gemeindeglieder entspricht und weil sie den Erkenntnissen der Christen, unter ihnen zahlreiche kirchliche Amtsträger, Rechnung trägt, die sich über Jahrzehnte unbeirrt für eine positive Orientierung kirchlichen Wirkens an der neuen gesellschaftlichen Realität eingesetzt haben.

Wer sich auf die „Eisenacher Formel“ bezieht, sollte nicht zuletzt des Kirchenmannes gedenken, dessen Wirken als Bischof eben mit der Stadt Eisenach aufs engste verbunden ist. Bereits im Februar 1968 erklärte D. Moritz Mitzenheim: „Wir wollen nicht Kirche gegen den Sozialismus sein, sondern Kirche für die Bürger der DDR, die in einer sozialistischen Gesellschaft mit ungekränktem Gewissen Christen sein und bleiben wollen.“

Der Übergang von der früheren Staats- beziehungsweise Volkskirche mit ihrem gesamtgesellschaftlichen Anspruch zu einer Freiwilligkeits- oder Entscheidungskirche – wie immer man es bezeichnet – bereitet auch heute noch Schwierigkeiten. Dieser Prozeß ist, soweit ich sehe, weder hinsichtlich der inneren Struktur noch inhaltlich voll bewältigt.

Da mag auch der Ballast der Geschichte eine Rolle spielen, wie ein Vergleich mit Freikirchen und kleineren Glaubensgemeinschaften lehren kann. Von jeher mußten sie ohne staatliche Stützung geistlicher Autorität leben. Aber den positiven Bezug auf das Engagement ihrer Glieder für den Sozialismus fanden sie oft leichter, und sie wissen überdies die rechtliche Gleichstellung aller Glaubensgemeinschaften als Wesenszug von Religionsfreiheit in einer sozialistischen Ordnung dankbar zu würdigen.

Symptome und Wirkungen der Zähligkeit alter und falscher Bindungen im Gepäck der Kirche nennt auch das Darmstädter Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche beim Namen. Die Beschäftigung mit diesem Wort wurde mit gutem Grund zur Vorbereitung auf den 10. Evangelischen Pfarrertag empfohlen. Lassen Sie mich an eine Erkenntnis des Darmstädter Wortes noch einmal speziell erinnern:

„Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“

Nicht von ungefähr waren solche Erkenntnisse für die Neubesinnung der Kirchen in der DDR von großer Bedeutung, und nicht von ungefähr erfuhr die Neubestimmung des gesellschaftlichen Standorts der Kirchen wesentliche Impulse von jenen Christen, die den Einsatz für die neue gesellschaftliche Ordnung als Beherzigung der Lehren von Darmstadt verstanden.

Wir engagierten uns für eine Gesellschaft, die das Recht zur Revolution eben dazu genutzt hatte, unmenschliche Lebensformen abzuändern, weil das Zusammenleben der Menschen solche Wandlungen erforderte – und weil die politische Situation es ermöglichte, Menschlichkeit zum Grundelement einer gesellschaftlichen Ordnung werden zu lassen.

Die übergroße Mehrzahl der Gemeindeglieder erwartete nun völlig zu Recht, daß ihr in dieser gesellschaftlichen Ordnung gewachsenes politisches Selbstbewußtsein als mündige Bürger eines sozialistischen Staates im Zeugnis ihrer Kirche positive Aufnahme findet.

Daher ist unsere Kirche auch insoweit und insofern „Kirche im Sozialismus“, wie sie als geistliche Heimstatt von „Christen für den Sozialismus“ sie in jenem ungekränkten Gewissen bestärkt, von dem Bischof Mitzenheim sprach.

Zur gesellschaftlichen Verantwortung des Pfarrers

Das liegt nicht zuletzt in der Verantwortung des Pfarrers.

Zum einen ist er selbst Staatsbürger wie jeder andere auch, mit den gleichen Rechten und den gleichen Pflichten. Aus der Besonderheit seines Amtes, seiner arbeitsrechtlichen und Dienststellung, leitet sich nicht etwa ein besonderer gesellschaftlicher Status ab, gewissermaßen eine Exterritorialität nach dem Vorbild diplomatischer Vertretungen. Er genießt die Achtung der Gesellschaft in dem Maße und nach dem gleichen Maßstab wie jeder andere Bürger.

Zum anderen ist der Pfarrer Amtsträger seiner Kirche. Er trägt als solcher besondere Verantwortung gegenüber seiner Gemeinde. In seinem Amt berühren sich Zeugnis und Dienst seiner Kirche sowie Erfahrungen und Anliegen des einzelnen Christen. Beide Bezüge stehen nicht zusammenhanglos nebeneinander, sondern sind ineinander verschränkt.

Der Pfarrer wird in der Regel nur mittelbaren Zugang zur Arbeitssphäre seiner Gemeindeglieder haben, an die er in Verkündigung und Seelsorge gewiesen ist. Wesentliche Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens erschließen sich ihm „von Amts wegen“ nur indirekt. Andererseits stehen an seiner Seite Christen, die in einem „weltlichen“ Beruf und in gesellschaftlichen Funktionen zu Hause sind, zugleich aber als gewählte Kirchenälteste Verantwortung für Zeugnis und Dienst in ihrer Kirchgemeinde tragen.

Das findet seinen Niederschlag auch in den Beratungen, die meine Partei unter dem Leitwort „Bürgerpflicht und Christenpflicht“ durchführt. Dort gehören zu den Diskussionsrednern als Angehörige kirchlicher Räte auch Leiter volkseigener Betriebe, Vorsitzende großer landwirtschaftlicher Produktionsverbände, Staatsfunktionäre, leitende Ärzte, Pädagogen, Wissenschaftler von internationalem Rang, Ingenieure, die über Millionenwerte in der Produktion entscheiden.

Man kann Sie als Pfarrer eigentlich nur dazu beglückwünschen, daß in den Gemeindegemeinderäten Christen mitarbeiten, die an ihrem Platz im Berufsleben Achtung und uneingeschränkte Wertschätzung genießen und dabei – wie Erich

Honecker unlängst formulierte – „das Christsein und die Mitarbeit zum Besten des sozialistischen Staates, zum Wohle seiner Bürger in guter Weise verknüpfen“. Manchem Pfarrer haben solche Gemeindeglieder geholfen, auch sein eigenes Verhältnis zu Staat und Gesellschaft an ihren politischen Erfahrungen und damit zugleich an der repräsentativen Realität zu orientieren. Vielfach haben sie seine Bereitschaft unterstützt, diesem Verhältnis die Gestalt eines verbindlichen Engagements zu geben.

Wenn die Auftragsbestimmung „Kirche im Sozialismus“ auf dem Engagement der Gemeindeglieder als „Christen für den Sozialismus“ aufbaut, dann könnte ein Pfarrer mit dieser Bereitschaft eigentlich auch nicht mehr in Widerspruch zu seiner Kirche und ihrer Leitung geraten.

Das war nicht immer so. Nicht wenige von Ihnen selbst haben, zum Teil seit Jahrzehnten, unter ganz andersartigen Bedingungen, nicht selten isoliert, zwar in einer Reihe mit anderen progressiven Christen, von der offiziellen Kirche aber meist alleingelassen, ihren Platz im Lager des Fortschritts und ihre Verantwortung im konkreten gesellschaftlichen Engagement erkannt.

Heute kann kirchliche Friedensarbeit auf den Positionen und Erfahrungen von Pfarrern aufbauen, die sich schon seit langem im Ringen um Frieden und sozialen Fortschritt engagiert haben. Die offizielle Kirche kann gewissermaßen auf ihrer Ebene nachvollziehen, was die Pioniere vorwärtsorientierten Denkens unter ihren Amtsträgern – allerdings mit einigem zeitlichen Vorsprung – vorgelebt haben.

Die politische Haltung eines Pfarrers besitzt zweifellos Einfluß auf die geistige Verarbeitung der gesellschaftlichen Realität im Bewußtsein vieler Gemeindeglieder. Hier vollzieht sich eine Wechselwirkung zwischen dem Selbstverständnis von Christen als mündige sozialistische Staatsbürger und dem Verkündigungsauftrag des Pfarrers, der geistige Zeitgenossenschaft unabdingbar voraussetzt.

Sowenig ein Pfarrer dieses Selbstverständnis seiner Gemeindeglieder heute mit den Denkkategorien und dem Weltbild der Antike erfassen könnte, so wenig kann er christlichen Bürgern unseres Staates gerecht werden oder ihnen einen guten Dienst tun, wenn er die sozialistische Gesellschaft mit Modellen aus der bürgerlichen Ideologie und Philosophie interpretiert.

Ein verlässliches Bild des realen Sozialismus gewinnt auch ein Pfarrer am ehesten durch eigene Anschauung und Mitarbeit. Daran sollte ihn weder eine antiquierte Erwartung der Wahrung einer politischen Neutralität noch eine falschverstan-

dene Rücksichtnahme auf Gemeindeglieder hindern, die selbst mit dem Sozialismus noch nicht ganz zurechtkommen.

Zur eigenen Anschauung, gewissermaßen als Voraussetzung für sachkundige Mitarbeit, gehört die solide Kenntnis. Viele von Ihnen werden mir bestätigen können, daß immer mehr kirchliche Amtsträger die Initiativen und Möglichkeiten der Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front nutzen, um sich aktuelles politisches Wissen, Kenntnis großer politischer Zusammenhänge wie territorialer Probleme anzueignen.

Ein Pfarrer, der hier nicht nur mitdenkt, sondern als Folge richtigen Denkens auch mitarbeitet, wird die Erfahrung machen, daß für ihn gesellschaftliche Zusammenhänge und auch Probleme oder Schwierigkeiten nicht mehr anonym beziehungsweise Attribute „obrigkeitlichen Regierens“ bleiben, sondern in seine eigene gesellschaftliche Verantwortung wie in die seiner Gemeindeglieder hineinreichen.

Ein solcher Pfarrer wird die für unsere weitere gesellschaftliche Entwicklung gesteckten Ziele in ihrer Perspektive und Tragweite genau erfassen und besser ermessen können, wie sehr sie das Leben jedes einzelnen Bürgers, auch das seiner Gemeindeglieder, prägen und verändern. Für ihn werden zunehmend die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Komplexität und Konkretheit sozialistischer Demokratie, insbesondere des Grundsatzes vom Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren, anschaulich und greifbar.

Die Gemeindeglieder möchten ja die Erfahrungen, Erkenntnisse und Bindungen, die sie in Wahrnehmung ihres staatsbürgerlichen Rechts auf verantwortliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in vielfältigen Bereichen gewonnen haben beziehungsweise eingegangen sind, positiv in das Gemeinleben einbringen können und dort nicht etwa verdrängen müssen. Der Reichtum und die Vielfalt dieser Lebensbezüge kann eigentlich auf die kirchliche Arbeit nur fruchtbar einwirken und einer Selbstgenügsamkeit wehren helfen.

Zugleich lassen sich mit dem positiven Aufgreifen dieser Lebensbereiche oft Anregungen zu sinnvoller Kooperation im Interesse der Kirch- wie der Bürgergemeinde finden. Die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des Mach-mit-Wettbewerbs bezeugen anschaulich, wie so nicht nur volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden, sondern auch die politisch-moralische Einheit aller Bürger unseres Landes sinnfällig gefördert wird.

So lassen Sie mich denn noch einige aktuelle ökonomische und soziale Probleme der DDR aufgreifen. Eine große Rolle spielt der Zusammenhang zwischen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik unseres Landes.

Dieser Zusammenhang bedeutet, daß die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik sich direkt in spürbaren sozialen Fortschritt umsetzen. Die Wirtschaft erzeugt die entscheidenden materiellen Grundlagen für die Sozialpolitik. Also entscheidet die Effektivität der Produktion über den Spielraum für das Sozialprogramm.

Das sozialpolitische Programm unseres Landes – einige seiner markantesten bisherigen Ergebnisse habe ich eingangs erwähnt – stellt naturgemäß hohe Anforderungen an das Wirtschaftspotential. Immerhin sind dafür im laufenden Fünfjahrplan rund 105 Milliarden Mark aufzubringen.

Unsere wirtschaftspolitischen Ziele müssen unter großen zusätzlichen, früher nicht vorhandenen Belastungen verwirklicht werden. Denken wir nur an die Rohstoffsituation und bestimmte Auswirkungen der Lage auf dem kapitalistischen Weltmarkt.

In einem bedeutenden Bereich unserer Wirtschaft, dort nämlich, wo die Rohstoffe und primären Energieträger gewonnen werden, tritt langfristig eine Verschlechterung der Effektivitätsbedingungen ein. Die Kosten der Rohbraunkohlegewinnung werden wegen des höheren Anteils an Abraum 1980 pro Tonne um 50 Prozent höher liegen als 1970. Hinzu kommt, daß wir ein Drittel unserer gesamten Braunkohlenförderung bis 1980 durch Neuaufschlüsse tätigen müssen.

Auch in der UdSSR, die mit ihren stabilen Lieferungen den größten Teil des Importbedarfs der DDR an wichtigen Roh- und Brennstoffen deckt, werden die Bedingungen für die Gewinnung und den Transport dieser Materialien komplizierter. An der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten ist die DDR von 1976 bis 1980 mit 8 bis 9 Milliarden Mark beteiligt. Das sind Mittel, deren Einsatz sich naturgemäß nicht sofort, sondern erst im Laufe der Jahre rentieren kann.

Die Situation auf dem kapitalistischen Weltmarkt ist durch eine enorme Preissteigerung von Rohstoffen gekennzeichnet. Bei einigen für die DDR wesentlichen Importpositionen entwickelten sich die Rohstoffpreise von 1972 bis 1974 geradezu explosionsartig. Bei Erdöl stiegen sie auf mehr als das Sechsfache, bei Kaffee und Kakao auf das Vier- bis Fünffache, bei Baumwolle und Getreide auf das Zwei- bis Dreifache, bei Buntme-

tallen auf fast das Dreifache. Dieser Preisanstieg hält auch 1977 an und setzt sich teilweise verstärkt fort.

Das wäre für uns verhältnismäßig unproblematisch, wenn nicht die Preise für Fertigwaren auf den kapitalistischen Märkten weit weniger gestiegen wären. Setzt man die Exportpreise kapitalistischer Länder für Rohstoffe und Industrie-Erzeugnisse 1970 gleich 100, so ergibt sich für 1976 bei Rohstoffen eine Steigerung auf 311, bei Industrie-Erzeugnissen nur auf 183. Für Rohstoff-Importe aus diesen Ländern müssen wir also mehr als das Dreifache bezahlen; für unsere Exporte dorthin erlösen wir hingegen nicht einmal doppelt soviel wie früher.

Die enormen Anforderungen an die Leistungskraft unserer Wirtschaft drücken sich naturgemäß in den Zielen aus, die die Wirtschaftspläne stellen. Dreh- und Angelpunkt ist die weitere Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion. Das bedeutet, Energie, Material und Produktionsausrüstungen – überhaupt alle materiellen Fonds – so effektiv wie nur möglich zu nutzen. Intensivierung heißt also keineswegs, intensiv zu schufteln, wie manche meinen, sondern intensiver nachzudenken, wie das Verhältnis von Aufwand und Nutzen am günstigsten zu gestalten ist.

Das schließt allerdings erhöhte Anforderungen an die Einsatzbereitschaft der Werktätigen keineswegs aus. Greifen wir nur drei Intensivierungsfaktoren heraus, die am Arbeitsplatz besonders gut direkt zu beeinflussen sind, über die aber auch am meisten diskutiert wird und mit denen auch Sie als Pfarrer in Ihren Gemeinden gewiß schon konfrontiert worden sind.

● Ein brennendes Problem ist die Auslastung der Grundfonds, insbesondere hochproduktiver Anlagen. Würden alle Grundmittel in unserer Wirtschaft nur zehn Minuten pro Tag länger genützt – Waren im Wert von 3,5 Milliarden Mark im Jahr könnten entstehen.

Die Nutzungszeit hochproduktiver Maschinen und Anlagen beträgt, wenn man einen 24-Stunden-Betrieb mit 3,0 annimmt, etwa 1,6. Das kann sich keine moderne Volkswirtschaft auf die Dauer leisten. Und obwohl der Fünfjahrplan eine jährliche Steigerungsrate von drei bis vier Prozent vorsieht, stagnierte die Nutzungszeit im ersten Halbjahr 1977 im Vergleich zu 1976. Eine grundlegende Besserung dieses Verhältnisses ist nur durch erhöhte Einführung der Schichtarbeit zu erreichen.

Das allerdings bringt nicht wenig menschliche Probleme. Es greift ins Familienleben ein, verändert den Lebensrhythmus, schafft Probleme der Freizeitgestaltung und fordert viel Verständnis nicht nur vom Schichtarbeiter selbst, sondern auch von seinen Angehörigen, von den Nachbarn, den Freunden, von den Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, von Verkehrsbe-

trieben und anderen mehr. Ob auch von den Kirchengemeinden, werden Sie besser beurteilen können als ich.

● Ein weiterer wichtiger Intensivierungsfaktor ist die volle Ausnutzung der Arbeitszeit. Kleine Ursachen vermögen da große Wirkungen zu erzielen. Was ist schon eine Minute Arbeitszeit für einen Beschäftigten! Aber würde in der gesamten Produktion unseres Landes die zur Verfügung stehende Arbeitszeit um eine Minute besser genutzt, könnten Werte in Höhe von 2,1 Millionen Mark entstehen.

● Geradezu lebenswichtig für weiteren wirtschaftlichen Fortschritt ist die verantwortungsbewußte Verwendung von Material. Auch hier machen viele Wenig ein Viel. Ein Prozent Material mehr als erforderlich – für einen Werktätigen an seinem Arbeitsplatz ist das oft nur eine Pfennigröße. In der gesamten Volkswirtschaft macht diese Pfennigröße immerhin einen Wert von 2,2 Milliarden Mark aus.

Die ungezählten Christen, die in den Bereichen arbeiten, in denen Faktoren wie die eben genannten beeinflußt werden, sind doppelt zu effektiver Mitarbeit gerufen. Einmal sind sie als Staatsbürger aufgerufen, mit guter Haushalterschaft den eigenen wie den gesellschaftlichen Interessen zu dienen. Zum anderen sind sie vom christlichen Arbeitsethos her gefordert, die Güter dieser Erde vernünftig, redlich und zum allgemeinen Wohl zu nutzen. Auch das gehört, wie ich meine, zu Engagement und Verantwortung des Christen in der sozialistischen Gesellschaft.

Auf die Intensivierung ist auch der sozialistische Wettbewerb orientiert. Es ist ja bei weitem nicht so, daß er jahraus, jahrein in steter Eintönigkeit die gleichen Ziele stellt, wie mancher Außenstehende vielleicht meint. Und es ist auch nicht so, daß er nur eine rein materielle Seite hätte. Er ist vielmehr eine Form der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung der Wirtschaft, ein wichtiges Feld demokratischer Machtausübung der arbeitenden Menschen, die im Sozialismus Produzenten und Eigentümer des gesellschaftlichen Reichtums zugleich sind. Der Wettbewerb organisiert das gemeinschaftliche Wettstreben in Betrieb und Wohngebiet um die besten Ergebnisse zur Förderung des gemeinsamen Ganzen. Das Wettstreben fordert und fördert Verantwortlichkeit und Initiative, Gemeinschaftsgeist und Bürgersinn – erstrebenswerte moralische Belange also. Es fordert aber auch den ganzen Einsatz von Wissen und Können, Leistungswillen und Leistungsfähigkeit.

Folgt daraus etwa, daß im Sozialismus wie im Kapitalismus der vielgenannte Begriff der Leistungsgesellschaft den gleichen

Inhalt hat? Apologeten einer angeblich klassen- und system-indifferenten „Industriegesellschaft“ behaupten das ja.

Natürlich spielt Leistung bei uns eine große Rolle. Letzten Endes kann keine Gesellschaft ohne sie auskommen. Und auch bei uns kann nur ein stetiger Leistungsanstieg der Volkswirtschaft Fortschritte bringen. Aber Fortschritte an sich besagen gar nichts. Wem sie dienen, das ist der springende Punkt.

Ökonomische Leistung im Kapitalismus ist auf Profit hin orientiert. Dem ist alles andere nachgeordnet. Und es ließen sich Beispiele die Fülle nennen, daß wissenschaftlich-technischer Fortschritt nicht immer das Leben erleichtert, sondern auch zu empfindlichen sozialen Rückschritten für die arbeitenden Menschen führen kann.

Ökonomische Leistung im Sozialismus ist auf das kontinuierliche Wachstum des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des ganzen Volkes hin orientiert. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt kann sich mit den Vorzügen der sozialistischen Ordnung vereinen. Das Leistungsniveau bestimmt das Lebensniveau – im ganzen wie beim einzelnen.

Das Leistungsprinzip ist das grundlegende Prinzip der Verteilung im Sozialismus. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“, sagt unsere Verfassung. Damit wird erreicht, daß jeder Werktätige gemäß seiner quantitativen und qualitativen Leistung seinen individuellen Anteil am gemeinsam Geschaffenen erhält. Ich meine, daß dieses Prinzip vom christlichen Gemeinschaftsdenken her durchaus zu begrüßen ist. Von Gesellschaften, in denen einige wenige sich am Fleiß vieler anderer bereichern können, möchte ich das nicht behaupten.

Freilich versucht auch bei uns noch mancher, und nicht immer ohne Erfolg, niedriges Leistungsniveau mit hohem Lebensniveau zu koppeln. Noch werden da auch gewisse Disproportionen, insbesondere im Dienstleistungssektor, ausgenützt. Im ganzen gesehen hat solches Streben jedoch keinen Boden in den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Wir verteilen unsere gesellschaftlichen Fonds nach leistungsorientierten und nach sozialen Gesichtspunkten; insgesamt kommen diese Mittel allen Bürgern zugute. Dieses Prinzip wirkt in doppelter Hinsicht.

Erstens wird eine Erhöhung des Beitrags eines jeden einzelnen zum gesellschaftlichen Fortschritt stimuliert.

Zweitens stellen wir aus den gesellschaftlichen Fonds Mittel zur Verfügung, die in beträchtlichem Umfang soziale Förderung bewirken. Das große Wohnungsbauprogramm, das umfassende und breite Netz sozialer Maßnahmen und Fürsorge gehören beispielsweise zu den Errungenschaften unseres Le-

bens, die ohne Anwendung des Leistungsprinzips gegenwärtig nicht denkbar wären.

Sie wie ich wissen, daß Fürsorge für leistungsunfähige Glieder der Gesellschaft, insbesondere für Bürger im höheren Lebensalter, nicht nur eine Sache des Geldes ist. Ja, es konnte in den ersten Jahren der DDR noch nicht einmal zuerst eine Sache des Geldes sein. Im Inferno des Krieges war zerstört, was zur Altersfürsorge erwirtschaftet worden war. Langsam ging es mit den Renten aufwärts. Und vielleicht befriedigt den oder jenen auch die jüngst im Rahmen des Sozialprogramms vorgenommene Aufbesserung noch nicht.

Doch auch das ist wieder ein Wesenszug des Sozialismus, daß denen, die mit Fleiß und Initiative den mühseligen Anfang dessen, was wir heute haben, buchstäblich aus den Trümmern gegraben haben, in jeder Hinsicht die besondere Fürsorge, Achtung und Unterstützung unserer Gesellschaft gilt. So dürfen sie mit einer materiell gesicherten, wenngleich, wie gesagt, oft noch bescheidenen Existenz rechnen; sie dürfen das Gefühl haben, nicht Ausgestoßene zu sein, sondern nach wie vor zur Gesellschaft zu gehören, mit Rat und oft auch noch mit Tat gebraucht zu werden. Wir würdigen dabei den segensreichen caritativen Dienst der Kirchen an Alten und Schwachen.

Und wer heute im Berufsleben steht, darf wissen, daß auch ihm dereinst diese Fürsorge zuteil werden wird, wenn er aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet. Keiner muß befürchten, daß es ihm so ergeht, wie die BRD-Zeitung „Vorwärts“ schrieb: „Armut im Alter, das ist kein Generationsproblem... Armut im Alter wird früh programmiert... Die Armut von morgen hat ihre Ursachen in den schlechten Startchancen von heute. Die vielen tausend arbeitslosen Jugendlichen unserer Tage sind ein beängstigender Hinweis darauf, daß es das Problem ‚Armut im Alter‘ auch in Zukunft noch geben wird.“ Für uns ist dergleichen längst überwundene Vergangenheit.

Der Gleichklang der Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse macht eine den sozialistischen Bedingungen entsprechende Lebenshaltung aus. Ein hohes Kultur- und Bildungsniveau, ein hoher geistig-moralischer Anspruch an den Lebensinhalt setzen auch neue und höhere Maßstäbe an die Aufgaben der Volksbildung.

Ich will dazu nicht längst und oft Gesagtes wiederholen. Nur soviel: Volksbildung ist uns nicht nur Schule. Es ist für uns ein Begriff mit umfassendem Inhalt. Volksbildung vollzieht sich, allgemein gesagt, im sozialistischen Arbeiten, Lernen und Leben. Und davon sind auch unsere Bildungsstätten bestimmt, vom Kindergarten bis zur Hochschule. Stets werden sie für den Weg ins Leben für jeden Bürger nach Absolvierung der

Zehnklassenschule fachliche und gesellschaftliche Leistungen, Bedürfnisse der Gesellschaft und soziale Struktur der Bevölkerung zum Maßstab nehmen.

Dieser Maßstab gilt, wie gesagt, für alle Bürger. Er ermöglicht jedem eine berufliche Aussicht, die ihm Lebensinhalt geben kann, auch wenn sie ihm vielleicht zunächst gar nicht in das persönliche Konzept paßt. Wir haben aber nicht den Ehrgeiz, arbeitslose Intellektuelle auszubilden, und das nicht nur im gesellschaftlichen, sondern auch im persönlichen Interesse jedes einzelnen.

Übrigens – wer junge Menschen von heute nach ihren Berufszielen fragt, wird bedeutend andere Antworten als noch vor 15 Jahren bekommen. Damals war die Hochschulbildung zuweilen das einzig Diskutable überhaupt. Heute sind längst die großen Perspektiven hochqualifizierter und -spezialisierter Facharbeiter in der Industrie, im Bauwesen, im nichtindustriellen Bereich und auch in der Landwirtschaft bekannt und gefragt.

Allerdings ist der Berufsweg auch bei uns keineswegs problemlos. Manche Berufsgruppen werden aussterben, andere ihr Profil verändern. Das schafft natürlich menschliche Probleme. Sicherlich ist es nicht einfach für den Steinkohlenskumpel in Zwickau, daß er der letzte vielleicht von Generationen in seiner Familie sein wird, der einfährt. Die meisten Bergleute dort werden das Jahr 1980 schon nicht mehr als Bergleute erleben. Aber – und das ist sicher – sie erleben es auch nicht in Aussichtslosigkeit, Resignation und Verzweiflung, wie das ihren Berufskollegen an der Ruhr vielfach zugestoßen ist.

Wenn bei uns eine Zeche sterben muß, weil sie abgebaut ist, dann stirbt nicht zugleich auch eine menschliche Existenz, wird nicht zugleich auch sie abgebaut. Da steht beispielsweise nahe den Fördertürmen in Zwickau schon das Plattenwerk für den Wohnungsbau, das der Arbeitsplatz vieler ehemaliger Kumpels sein wird. Und das neue Werk für Rationalisierungsmittel wird von der alten Zeche den traditionsreichen Namen „Martin Höop“ übernehmen. Sorgfältig umgeschult und im Kleinen wie im Großen mit der neuen Aufgabe vertraut gemacht, können diese Werktätigen weiterhin gesellschaftlich höchst Nützlichem im Arbeitsprozeß vollbringen.

Und weil das bei uns die Regel ist, braucht auch keiner Angst vor dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu haben. Er ist uns keine „Furie“, wie im Westen. In der BRD zum Beispiel rechnet man damit, daß die elektronischen Mikrobausteine in den nächsten 15 Jahren etwa 3 Millionen Arbeitsplätze vernichten werden. Zu Recht nennt man diese wissenschaftlich-technische Errungenschaft dort „Jobkiller“. Auch bei uns füh-

ren sie zu großen Rationalisierungseffekten. Im Chemiefaserwerk Guben beispielsweise steigt durch den Einsatz von Mikrorechnern an Spinnseidemaschinen die Arbeitsproduktivität um 300 Prozent. Es werden zahlreiche Arbeitskräfte eingespart. Aber ihr „Job“, wenn es bei uns so etwas gäbe, ist damit nicht „gekillt“. Neue Arbeitsplätze warten schon – in Guben wie in Zwickau.

Anforderungen an die Leistungskraft der Wirtschaft sind verständlicherweise stets Anforderungen an die arbeitenden Menschen. Sie werden mit all ihren Kräften und Fähigkeiten beansprucht. Das wissen Sie sicher aus Erfahrungen in der eigenen Familie oder aus Gesprächen mit Gemeindegliedern.

Wie ein jeder den Leistungsanspruch bewältigt, der an ihn gestellt ist, das allerdings ist nicht ausschließlich, aber auch nicht zuletzt eine Frage an die Einstellung zur Sache. Wir alle wissen, welche ungeahnte Kräfte einer freisetzen kann, der innerlich für eine Sache brennt, der mit dem Herzen dabei ist, der sein Interesse dabei gewahrt sieht. Es spielt also durchaus eine Rolle, wie ein Mensch zum Sozialismus steht, wenn es um die Frage geht, ob er sich gefordert oder überfordert sieht.

Überforderung kann aus vielfältigen und unterschiedlichen körperlichen und seelischen Belastungen resultieren, die nicht jeder in gleicher Weise zu verarbeiten vermag. Wo sie zur gesundheitlichen Gefahr werden, ist man schnell mit dem Modewort „Streß“ bei der Hand. Auch bei uns ist er nicht unbekannt. Manche behaupten, aus einer modernen Wirtschaft sei Streß nun einmal nicht wegzudenken.

Gibt es also doch keinen Unterschied zum kapitalistischen System? Haben die doch recht, die Sozialismus und Kapitalismus unter dem gemeinsamen Nenner „Industriegesellschaft“ zusammenraffen? So könnte es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen. Aber die Praxis zeigt, daß es tatsächlich auf die Gesellschaftsordnung ankommt, ob Streß gehemmt und reduziert oder ob er gefördert und potenziert wird.

● Wo das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirken auf das Wohl des Menschen gerichtet ist, wo weit vorausschauend Notwendigkeiten und Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung planvoll miteinander in Einklang gebracht werden können – und das unter ständiger aktiver Mitwirkung der Werktätigen –, da ist Streß zwar nicht gebannt, aber auch nicht mit der Gesellschaft gekoppelt. Wo aber Gesellschaft und Wirtschaft den Gesetzen des Profits unterworfen sind, wo die Pläne des einen Betriebes von denen des anderen durchkreuzt werden, wo erbarmungsloser Konkurrenzkampf herrscht, wo die Werktätigen von echter Mitbestimmung ausgeschlossen sind, wo einer heute oft nicht weiß, ob er an seinem Arbeitsplatz

morgen noch gebraucht wird, da ist Streß gewissermaßen schon gesellschaftlich programmiert.

● Wo dem arbeitenden Menschen das Recht auf Arbeit eine Selbstverständlichkeit ist, wie bei uns, kann er zwar unter Anspannung seiner Kräfte, aber ohne streßerzeugende Existenzangst arbeiten. Anders kann Streß kaum ausbleiben, wo einer unter dem drohenden Schatten der Arbeitslosigkeit seine Arbeit tun muß, wo er mehr und immer mehr schafft, als er eigentlich müßte, wo Gesundheit und Familienleben aufs Spiel gesetzt werden in der Hoffnung, bei der nächsten Rationalisierungsrunde verschont zu bleiben – eine Hoffnung, die nicht selten enttäuscht wird.

● Wer in gesicherten sozialen Verhältnissen leben kann, wie das bei uns das Normale ist, wird jenen Rhythmus von Spannung und Entspannung einhalten können, wie er dem Wohlbefinden förderlich ist. Wer jedoch nicht weiß, was ihm der nächste Tag an sozialen Einbußen bringt, wie das Werktätigen in kapitalistischen Staaten nicht selten widerfährt, wird in einen ständigen Spannungszustand geraten, an dem er unter Umständen seelisch und auch körperlich zerbrechen kann.

Auch das gehört zu den Divergenzen zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

In der Tat, die Konvergenztheoretiker sind auf dem Holzweg. Es gibt keine einheitliche „Industriegesellschaft“ jenseits von Klassenverhältnissen. Es gibt eine sozialistische und eine kapitalistische Gesellschaft. Und wir können betrachten, was wir wollen: Die kapitalistische Gesellschaft muß gültige Antworten auf die dringenden und drängenden Lebensfragen des einzelnen wie der Völker schuldig bleiben. Der Sozialismus vermag diese Antwort zu geben, im Sinne des Humanum, im Sinne der Mitmenschlichkeit.

So betrachte ich es als folgerichtig und legitim, daß viele Christen sich aus der Verantwortung ihrer Ethik heraus im Engagement für diese sozialistische Gesellschaft umfassend betätigen.

Der Sozialismus strebt zur Welt des Friedens

In ganz besonderem Maße kommt das Humanum des Sozialismus in seinem Friedensstreben zum Ausdruck. Ein vordringliches Anliegen sozialistischer Friedenspolitik ist heute der Kampf um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Denn die Gefahr ist groß. Immer neue und schrecklichere Waffen bringt die Hybris der Rüstungskonzerne hervor. Spreng-

köpfe mit der tausendfachen Wirkung der Hiroshima-Bombe liegen bereit. Vom sogenannten Wetterkrieg mit künstlichen Erdbeben und der Zerstörung der Ozonschicht ist die Rede. Herbizide, Krankheitserreger, Nervengas als Kampfmittel – vor nichts schrecken die Strategen des Todes zurück.

Abrüstungsschritte sind lebenswichtig. Aber Abrüstungsprobleme zu lösen, das ist so kompliziert und langwierig wie bei keiner anderen internationalen Frage. Das hat triftige Gründe.

Erstens berühren Abrüstungsschritte die mächtigsten Gruppierungen der imperialistischen Wirtschaft, die Rüstungskonzerne. Sie bangen um ihre Profite. Und es handelt sich dabei wahrlich um Maximalprofite. Schon 1971 hat die Kontroll- und Finanzverwaltung der USA errechnet, daß 1969 die für den Zivilbedarf produzierende Industrie eine Profitrate von 20 Prozent, die Rüstungsindustrie eine solche von 56 Prozent hatte. Das war vor acht Jahren.

Eine Untersuchung von Professor Weidenbaum von der Washingtoner Universität ergab, daß die Profite der USA-Rüstungsunternehmen gegenwärtig um 60 bis 70 Prozent höher liegen als in zivilen Bereichen ähnlicher Größenordnungen. Es werden in der Rüstung Nettoprofitquoten erzielt, die das eingesetzte Aktienkapital um das Vier- bis Fünffache übersteigen. So erzielte die Kraus-Maffei-AG in München 1975 bei einem Grundkapital von 16,2 Millionen DM einen Nettoprofit von 81,5 Millionen. Der Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm in der BRD verbuchte von 62,8 Millionen DM Aktienkapital 230 Millionen DM Gewinn.

Rüstung ist ein Geschäft, so einträglich wie kaum ein anderes. Um so bedeutsamer ist das Anwachsen des Einflusses der demokratischen Kräfte in den imperialistischen Hauptländern, die immer intensiver um höchst lebenswichtige soziale Veränderungen ringen. Sie haben gute Argumente. Ein Bruchteil der Rüstungsmilliarden in den USA für Sozialhilfe angewandt – und jene 50 Millionen Arme, von denen kirchliche Kreise dort wissen, brauchten keine materielle Not mehr zu leiden!

Zweitens glauben Imperialisten, mit Rüstung könnten sie die sozialistischen Länder erpressen und mit ihnen von der Position der Stärke aus verhandeln.

Hier liegt die Erklärung dafür, daß die USA bei der Rüstung stets den ersten Schritt taten. Sie bauten die erste Atombombe. Sie inspirierten den ersten Militärblock – die NATO. Sie rüsteten die ersten strategischen Bomber mit Atomwaffen und die ersten U-Boote mit Nuklearraketen aus. Sie hatten die ersten Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen. Und jetzt schicken die USA sich zur Produktion der Neutronenwaffe an, die sie zwar als eine humane Waffe bezeichnen, von der aber der

frühere stellvertretende Direktor der CIA, Herbert Scoville, sagt: „Human ist sie allenfalls zu Gebäuden.“

Noch heute gilt, was der ehemalige USA-Außenminister J. Byrnes 1957 im nachhinein zugegeben hatte, daß nämlich „die Atombombe in weitaus geringerem Maße dazu benutzt worden war, um Japan zu besiegen, als dazu, die Russen in Europa zu Zugeständnissen zu veranlassen“. Und die Neutronenwaffe soll zunächst einmal dazu dienen, die Sowjetunion „an den Verhandlungstisch zu rüsten“. So sieht es das BRD-Blatt „Der Spiegel“. Übrigens – hatte USA-Präsident Carter in seiner Antrittsrede nicht versprochen: „Wir werden in diesem Jahr einen Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel gehen – zur Beseitigung der Kernwaffen auf der ganzen Welt“?

Betrachtet man aber die Ergebnisse, die das Anheizen der Rüstung durch die USA bisher stets hatte, so ist festzustellen, daß jeder Schritt der USA bisher auch stets von der Sowjetunion gekontert werden konnte. Und das wird ebenso für neueste Entwicklungen gelten. Die Politik der Erpressung ist zum Scheitern verurteilt.

Drittens soll das Wettrüsten eine ökonomisch-ideologische Funktion erfüllen. Es soll die sozialistischen Staaten zu immer höheren Verteidigungsleistungen zwingen. Man verspricht sich davon, daß die Verwirklichung der Hauptaufgabe gehemmt oder gar gestoppt werden könnte.

Doch auch das ist eine Fehlspekulation. Die Sowjetunion ist die einzige Großmacht, die den Militäranteil am Gesamthaushalt nicht erhöht hat. Er ist im Gegenteil gesunken – von 11 Prozent 1971 auf 7,2 Prozent 1977. Trotz verstärkter Verteidigungsanstrengungen ist also die allgemeine Volkswirtschaft weit schneller gewachsen als der Verteidigungsanteil. Das können kapitalistische Staaten von ihrer Rüstung wahrlich nicht sagen.

Um die Werktätigen in ihren Ländern einigermaßen bei der Stange zu halten und den wachsenden Unmut über die wachsenden Rüstungslasten zu dämpfen, behaupten imperialistische Kreise, Abrüstung würde die Arbeitsmarktlage noch weiter verschlechtern, mehr Rüstung aber schaffe mehr Arbeitsplätze. Doch wie ist es in Wirklichkeit?

Nehmen wir die BRD. Seit 1970 hat sie ihre Rüstungsaufwendungen verdoppelt. Aber die Sicherheit der Arbeitsplätze ist keineswegs doppelt so hoch wie 1970. Damals gab es im Jahresdurchschnitt 148 000 Arbeitslose. Heute sind es etwa eine Million, also das Siebenfache. Damals gab es noch 670 000 Lehrstellen, jetzt nur noch 340 000. Damals waren die Lebenshaltungskosten um 41 Prozent niedriger als heute, und der öffentliche

Haushalt der BRD war seinerzeit „nur“ mit 140 Milliarden DM verschuldet. Jetzt sind es weit über 300 Milliarden.

Wohl ist daran nicht allein die Rüstung schuld. Aber auf jeden Fall stimmt die Gleichung „Mehr Rüstung, mehr Arbeit“ nicht, wie man sieht. Und übrigens: Bei Hitler sind zwar 6 Millionen Arbeitslose durch Rüstungsproduktion verschwunden, darauf aber auch 50 Millionen Menschen, deren Leben der zweite Weltkrieg ausgelöscht hat.

Ist Abrüstung nach Lage der Dinge heute überhaupt praktikabel? Eine Antwort darauf gibt die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses. Es hat durch das Entstehen des sozialistischen Weltsystems einen völlig neuen Charakter erhalten.

● Früher war das Kräfteverhältnis der Regler für die Aufteilung der Welt in Ausbeutungsbereiche. Heute ist es der Regler dafür, welches Verhältnis zwischen Ausbeutung und Freiheit von Ausbeutung in der Welt herrscht.

● Früher bedeuteten Verschiebungen im Kräfteverhältnis das Entstehen von Spannungen, Konflikten, Krisen und Kriegen. Heute bedeutet jede Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, daß der Friede sicherer wird.

● Früher änderte eine Veränderung im Kräfteverhältnis nichts an der Struktur von Herrschaft und Unterordnung. Heute bedeutet sie qualitative Veränderung des Gesamtsystems der internationalen Beziehungen.

So sind heute zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte nicht mehr die Logik und der Wille von Ausbeuterklassen für das internationale Geschehen ausschlaggebend. Das ist die wichtigste Veränderung im internationalen Geschehen, die sich je vollzogen hat.

Daraus ergibt sich beispielsweise, daß die USA zwar über ein Kernwaffenpotential verfügen, mit dem die Erdbevölkerung mehrfach ausgerottet werden könnte, daß sie aber trotzdem nicht mehr imstande sind, ihren Willen den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit Gewalt aufzuzwingen. Mächte wie Großbritannien und Frankreich haben seit mehr als 20 Jahren ihre imperialistischen Interessen nicht mehr in einem Krieg durchsetzen können.

Nicht nur, daß jeder militärische Angriff auf den Sozialismus für die imperialistischen Staaten Selbstmord bedeutet; auch ein „begrenzter Krieg“ gegen ein kleines Land bietet längst keine sicheren Gewinnchancen mehr. Ein Herr J e f f e klagt in einer BRD-Analyse zur militärischen Lage: „1830 brauchten die Franzosen nur 30 000 Mann, um Algerien zu erobern. 1962 waren zwanzigmal soviel Truppen nicht imstande, es zu halten.“

Das Kräfteverhältnis veranlaßt den Imperialismus immer

mehr zur Differenzierung seiner Kampfmethoden. Wo die anti-imperialistischen Kräfte am meisten unterdrückt werden, riskiert er noch offene militärische Gewalt, wie etwa im Nahen Osten oder in Südafrika. Wo das nicht mehr so leicht möglich ist, arbeitet er mit Intervention und Konterrevolution, wie etwa in Angola und in Äthiopien. Wo es geht, installiert er militärfaschistische Regimes wie in einigen lateinamerikanischen Ländern. In Europa aber, wo ihm der Sozialismus am massivsten gegenübertritt, verschärft er das Wettrüsten, startet er ideologische Kampagnen und Versuche zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Länder und anderer Staaten – von Grenzprovokationen gegen die DDR bis hin zur Intervention gegen eine eventuelle Regierungsbeteiligung von Kommunisten in westeuropäischen Ländern.

Einen besonders hohen Stellenwert im ideologischen Kampf gegen die sozialistischen Staaten hat die stereotype Behauptung von der Gefährlichkeit der Sowjetunion. Da werden fortwährend Panzerlücken, Raketenlücken und wer weiß was noch für Lücken bei der NATO entdeckt, angebliche sowjetische Aggressionspläne enthüllt, daraus ein handfester Bürgerschreck entwickelt und was nicht noch alles. Den Zweck solcher Manöver hat kürzlich ein führender Senator der USA enthüllt. Der „Spiegel“ verschweigt seinen Namen, verbürgt sich aber für seine Feststellung: „Wenn das Verteidigungsbudget auf dem Weg zum Bewilligungsausschuß ist, dann wachsen die Aussagen über die drohende sowjetische Macht wie Blumen im Frühjahr.“

In der Tat ist die Sowjetunion gefährlich – für jeden Angreifer nämlich. Das haben K o l t s c h a k und D e n i k i n erfahren. Das haben faschistische Generale und japanische Militaristen zu spüren bekommen. Gefahr für Aggressoren aber bedeutet stets zugleich Sicherheit für Friedfertige. Und sie können sich um so sicherer fühlen, je stärker die Sowjetunion ist – politisch, wirtschaftlich, moralisch und natürlich auch militärisch.

Aus der Bedeutung, die in den kapitalistischen Hauptländern der ideologischen Kampfführung beigemessen wird, erklärt sich übrigens wohl auch die interessante Tatsache, daß bei notwendigen Abstrichen an Haushalten solcher Länder zwei Positionen unangetastet bleiben: die Ausgaben für die Rüstung und die für die Massenmedien, insbesondere für Fernsehen und Rundfunk.

Weil das so ist, geht es für uns alle um die Erkenntnis, daß Friede nicht „vom Himmel fällt“, sondern als Gabe und Aufgabe zugleich Parteinahme verlangt. Wachsende Empfindsamkeit für die Probleme der Zeit sollte zur konkreten Bestimmung politischer Positionen führen, gefördert durch die Einsicht

in die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung.

Metropolit Paul Mar Gregorius, einer der Korefrenten auf der Moskauer Weltkonferenz religiöser Vertreter, charakterisierte das mit den Worten: „Das Gerede von einer Versöhnung zwischen dem Ausbeuter und dem Ausgebeuteten, dem Unterdrücker und dem Unterdrückten ist ein Spott über beides – Gerechtigkeit und Frieden. Wo Ungerechtigkeit herrscht, sind Kampf und Konflikt die unumgänglichen Schritte auf dem Wege zum Frieden in Gerechtigkeit. Deshalb kann der Kampf für Gerechtigkeit unter den Völkern kein sanfter Übergang ohne Konflikt sein.“

Zahlreiche Teilnehmer des diesjährigen Pfarrertages gehören, wie bereits erwähnt, zu den Pionieren christlichen Friedensdienstes in unserer Republik. Wenn heute Gremien und leitende Persönlichkeiten des Kirchenbundes und der evangelischen Landeskirchen Friedensverantwortung als Konsequenz kirchlichen Selbstverständnisses – Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in der sozialistischen Gesellschaft zu sein – wahrnehmen, so haben diese Pfarrer gewiß das Ihre dazu beigetragen, den Boden für solche Gewinnung zu bereiten. Sie haben auch zu ihrem Teil an der Seite ihrer Gemeindeglieder vorgelebt, was es bedeutet, Friedensdienst in konkretem Engagement zu bewähren: sei es im Friedensrat der DDR, in der Nationalen Front, in der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands oder in der Christlichen Friedenskonferenz.

Inzwischen ist eine junge Theologengeneration herangewachsen. Viele sind dem Beispiel der „Friedenspfarrer“ von einst gefolgt. Für die meisten bedeutet Friedensdienst zwar zugleich antiimperialistische Parteinahme. Aber haben denn schon alle die Erkenntnis aufgenommen, daß wirkungsvoller Einsatz für den Frieden am fruchtbarsten in Engagement und Tat für den sozialistischen Aufbau vollzogen wird?

Gewiß, christliche Friedenserziehung wird weithin schon nicht mehr als „Konkurrenz“ zur sozialistischen Friedenserziehung verstanden, sondern, wie es auch in der Handreichung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR „Erziehung zum Frieden“ heißt, als „spezifischer Beitrag zur Erhaltung und Förderung des Friedens“. Aber kommt solcher Beitrag, der ohne Zweifel eine neue Grundeinstellung belegt, schon tatsächlich in der erforderlichen Breite, das heißt in allen Kirchengemeinden, zum Tragen? Wird seine Effektivität nicht noch durch so manche Vorbehalte und Unklarheiten überlagert?

So mancher sieht beispielsweise einen Widerspruch zwischen sozialistischer Friedenspolitik und der militärischen Stärke des Sozialismus. Doch es ist in diesem Zusammenhang

nützlich, sich eines Wortes von Karl Kleinschmidt zu erinnern. Schon 1952 sagte er:

„Kirchliche Konferenzen pflegten sich in der Behandlung der Friedensfrage bisher sorgfältig vor jeder Parteinahme zu hüten und sich dadurch unfähig zu machen, unterscheiden zu können zwischen friedensfördernden und friedensgefährdenden Kräften und Maßnahmen. Sie sahen nur auf die Wa f f e, aber nicht auf die H a n d, die sie trägt... Nicht der Umfang der Macht macht sie zu einer Gefahr für den Frieden, sondern ihr Inhalt, das heißt, das Interesse, in dessen Dienst sie gebildet und ausgeübt wird. Wer da nicht unterscheiden kann und sich nicht entscheiden will, der kann zwar auch ohne Parteinahme seine Friedensliebe deklarieren, aber er kann ohne Parteinahme dem Frieden nicht helfen gegen seine Bedroher.“

Führt man die bisherigen Forderungen nach Abrüstung und Rüstungsbegrenzung auf ihren Kern zurück, so wird man in der Tat stets auf die gleiche Kraft stoßen. Es ist die Kraft, die 1917 staatliche Gestalt angenommen hat als erste, die aufgrund ihrer objektiven Lage zutiefst am Frieden interessiert ist. Inzwischen hat das Friedensprogramm des Sozialismus seine Effektivität erwiesen. Weit und breit zeigt sich keine andere Macht, die imstande ist, aus der Welt des Unfriedens und der Ungerechtigkeit eine Welt des Friedens und der Gerechtigkeit zu machen.

Einer der ganz wenigen christlichen Politiker, die schon frühzeitig davon überzeugt waren, daß aus dem Osten, von der jungen Sowjetmacht her, der Friede für die Welt kommen könne, war Otto Nuschke. Diese Überzeugung war eine primäre Quelle seiner Freundschaft zur Sowjetunion, die er bereits seit Anfang der zwanziger Jahre durch Wort und Tat bezeugte.

Drei Eigenschaften scheinen mir den Stationen sowjetischer Friedensinitiativen im Verlaufe der 60 Jahre seit 1917 in besonderem Maße innewohnen – ihre Erstmaligkeit, ihr Realismus, ihr humanistischer Charakter. Eben von dorthen, von der UdSSR, kam der Friede. Bestätigt ist die Erkenntnis „Ex oriente pax“; bewährt hat sich die Orientierung auf die feste Freundschaft mit der Sowjetunion.

● Erstes Staatsdokument einer Außenpolitik für einen allgemeinen Frieden in der Welt – einen Frieden, der diesen Namen verdient – war das „Dekret über den Frieden“, erlassen von der Sowjetmacht am Tage nach dem Sieg der Oktoberrevolution. Beantwortet aber wurde es von den damaligen Herren der Weltpolitik mit dem Versuch, die junge Macht der Werkstätten durch Intervention und Konterrevolution zu erwürgen.

● Der Staat, der das erste Dokument mit Prinzipien der fried-

lichen Koexistenz auf einen internationalen Verhandlungstisch legte, war die Sowjetunion. Der damalige sowjetische Außenminister Tschitscherin schlug der Konferenz von Genua 1922 vor, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Nichtangriff, Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen, Entscheidung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vereinbaren. Die Vertreter imperialistischer Interessen aber zogen den Versuch vor, die Sowjetmacht wirtschaftlich zu erpressen. Wichtiger als das Schicksal der Arbeitslosen in ihren Ländern war ihnen das der Besitzer zaristischer Schuldverschreibungen.

● Das erste detaillierte, realistische Programm für allgemeine und vollständige Abrüstung unterbreitete die Sowjetunion. Es ist ihr Vorschlag von 1927 an eine vom Völkerbund eingesetzte Kommission für die Einberufung einer Abrüstungskonferenz. Die Vertreter der imperialistischen Staaten aber wiesen es aus Mangel an Sachgründen mit der absurden Behauptung zurück, die junge Sowjetunion könne sich in diesem verwickelten und komplizierten Problem noch nicht auskennen. Ein Delegierter, ein englischer Lord, motivierte seine Ablehnung des sowjetischen Vorschlages bezeichnenderweise damit, daß das Projekt für den „Mann auf der Straße“ berechnet sei. Und das war es ja in der Tat.

● Die ersten Initiativen zu Maßnahmen der kollektiven Sicherheit gegen die heraufziehende faschistische Gefahr ergriff Anfang der dreißiger Jahre die UdSSR. Am 28. Dezember 1933 schlug sie den europäischen Staaten einen kollektiven Sicherheitspakt vor. Sie wiederholte ihre Vorschläge zur kollektiven Sicherheit bis zum Vorabend des zweiten Weltkrieges. Die Westmächte aber hatten anderes im Sinn. „Wenn ein Krieg ausbrechen sollte“, so hieß es in einem Memorandum des britischen Außenministeriums vom 29. Mai 1939, „ist es das Wichtigste, zu versuchen, die UdSSR in ihn zu verwickeln...“ Und Hitler entfesselte den Krieg.

Welche Opfer, welches Leid wären den europäischen Völkern erspart geblieben, hätten die imperialistischen Mächte die sowjetischen Vorschläge zwischen 1917 und 1939 aufgegriffen!

Leider waren es im damaligen Deutschland nur wenige Christen, die – dem Friedensgebot christlicher Ethik entsprechend – zu konkreter und konstruktiver Zusammenarbeit mit der Sowjetunion mahnten. Rufer in der Wüste waren sie, von der Reaktion geschmäht wie Dr. Joseph Wirth, von ihren eigenen Kirchen verketzert und verfehmt wie die Pfarrer Erwin Eckert, Georg Fritze oder Carl Vogl.

Um so bedeutsamer ist es daher, daß diese friedensfördernde Tradition nach 1945 immer breiteren christlichen Kreisen un-

seres Landes zur Verpflichtung wurde. Sie unterstützten immer nachhaltiger die Vielzahl von Friedensoffensiven, die die Sowjetunion – nun im immer fester werdenden Verbund mit sozialistischen Staaten, die nach 1945 entstanden – dem „Kreuzzug“ der Weltreaktion gegen Sozialismus und Frieden entgegengesetzte.

Je stärker der Sozialismus wurde, desto weniger gelang es den imperialistischen Mächten, an den Friedensinitiativen der Sowjetunion vorbeizukommen. Heute ist vieles davon verwirklicht.

● Vielleicht ist es nützlich, daran zu erinnern, daß die Grundzüge des Vorschlages der UdSSR auf der Außenministerkonferenz von 1954 zu einem „gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa“, wie Gewaltverzicht und friedliche Beilegung von Streitfällen zwischen den Staaten, heute zu den Grundzügen des Schlußdokuments von Helsinki gehören.

● Ebenso ist es mit der von der Sowjetunion seit Jahr und Tag geforderten Anerkennung der politischen und territorialen Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, insbesondere der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen.

● Den unablässigen Bestrebungen der Sowjetunion und ihrer Partner nach Rüstungsbegrenzung sind heute schon rund 20 bi- und multilaterale Abkommen auf diesem Gebiet zu verdanken.

Heute dürfen wir uns als Christen über das weite und positive kirchliche Echo, ja, über das Engagement von Kirchen in bezug auf die Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit aufrichtig freuen. Friedensoptimismus prägt sich in unseren Kirchen immer stärker aus. Er ist abzulesen etwa an der Beteiligung offizieller Vertreter der evangelischen Kirchen der DDR an so großen Manifestationen des Ringens der Volkskräfte um den Frieden, wie es der Weltkongreß der Friedenskräfte 1973 in Moskau, die Weltversammlung der Erbauer des Friedens im Mai 1977 in Warschau und die Weltkonferenz religiöser Repräsentanten für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern im Juni dieses Jahres in Moskau waren.

Otto Nuschkes Erkenntnis „Ex oriente pax“ lenkt zu der Tatsache hin, daß es der real existierende Sozialismus ist, der den Grundrechten des Menschen zu realer Existenz verhilft. Seit 1917 ist der Weg frei für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, für Demokratie, Gleichberechtigung und Freiheit aller Völker und Rassen, aller Menschen.

Die Oktoberrevolution hat gezeigt, daß es dahin nur einen Weg geben kann – den Weg revolutionärer Veränderungen.

Nicht anders ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen — jene Schranke also, die der Menschheit den Weg in eine neue, gute Zukunft versperrte. Der neue Mensch, wie progressive Christen ihn seit Jahrhunderten anstrebten, der in Freiheit und Würde für sein und seiner Nächsten Wohlergehen arbeitende Mensch — im Sozialismus ist ihm Raum geschaffen worden.

Am Beginn des Weges in die neue Welt sahen das bei weitem noch nicht alle Mitbürger bei uns so. Da wirkte nicht nur manches an Nationalismus und falscher Vaterlandsliebe nach. Da erblickten viele in der Roten Armee noch nicht eine Freundschaft, sondern eben nur eine Besatzungsmacht. Doch bald verspürten viele, die aus dem Bürgertum kamen, schon das Vertrauen, das die Arbeiterklasse den anderen werktätigen Klassen und Schichten durch ihr Bündnisangebot entgegenbrachte.

Man kann nicht leugnen, daß viele Christen von Tradition und Erziehung her gewohnt waren, Kommunisten als Gegner zu sehen. Doch nun erlebten sie, wie Marxisten eine enge, aufrichtige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihnen, mit allen fortschrittlichen Christen, anstrebten. Wir wollen auch nicht übersehen, welch großer Vertrauensvorschuß den Kirchen von den staatstragenden antifaschistisch-demokratischen Kräften entgegengebracht wurde. Sie bauten darauf, daß der alte nationalistische und antikommunistische Geist in den Kirchen nie wieder Fuß fassen werde.

Auf das Vertrauen unserer marxistischen Freunde haben ungezählte Christen mit ihrem Vertrauen in den neuen gemeinsamen Weg, in die Tragfähigkeit des politischen Bündnisses geantwortet. Es ist wohl kaum zu übersehen, daß es christliche Demokraten waren, die der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten auf christlicher Seite die Bahn geebnet haben. Und heute ist längst erwiesen, daß das gegenseitige Vertrauen voll auf gerechtfertigt war. Aus christlicher Verantwortung haben wir unseren spezifischen Beitrag zu der revolutionären Umwälzung unserer Zeit geleistet.

Wir haben mit unserer sozialistischen Gesellschaft in kameradschaftlicher Zusammenarbeit von Christen und Marxisten eine Heimstatt für Menschenwürde und Freiheit errichtet. Ein jeder ist zu wirksamer Mitarbeit eingeladen.

In diesen Tagen rund um den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist mehrfach auf das Phänomen hingewiesen worden, daß dieses Ereignis, je weiter es sich zeitlich von uns entfernt, seine Wirkungen um so kräftiger zeitigt. Und in der Tat wäre es verfehlt, diese wahrhafte Weltenwende eben nur als historischen Wert zu sehen und die Oktoberrevolution gewissermaßen ins Museum der Geschichte zu stellen.

Denn es zeigt sich in 60 Jahren sozialistischer Entwicklung: Sozialismus und Frieden gehören zusammen.

Von Tag zu Tag wird deutlicher die uralte natürliche Verbindung von Frieden und Arbeit. Immer mehr Menschen erkennen, daß Kriege durch Ausbeutung und Unterdrückung entstehen und daß der Friede seinen eigentlichen Ursprung stets im arbeitenden Menschen hat. Nur im Frieden kann sich der Sozialismus in voller Blüte entfalten und dafür sorgen, daß es den Menschen gut und immer besser geht.

Und schließlich sollte nicht vergessen werden, daß es die ökonomische Ordnung des Sozialismus ist, die es zuwege gebracht hat, daß es in ihrem Bereich niemanden mehr gibt, der aus der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen persönlichen Nutzen ziehen könnte.

Diese Erkenntnisse gehören zu den festen Fundamenten unserer Freundschaft zur Sowjetunion. Und wir wissen, weil wir es erfahren durften: Das brüderliche Miteinander der sozialistischen Staatengemeinschaft schließt das gute, freundschaftliche Verhältnis zu anderen Völkern nicht aus, sondern bietet dazu im Gegenteil eine solide Basis. Wie anders sollte denn Völkerfreundschaft errichtet werden können als auf den Grundlagen, auf denen jenes brüderliche Bündnis beruht: Frieden, Gleichberechtigung, Solidarität und Internationalismus?

In drei Punkten möchte ich zusammenfassen, was uns bewegt, wenn wir darüber nachdenken, was die Oktoberrevolution für uns und in uns bewirkt hat, jenes Ereignis, da vor 60 Jahren die Menschen im Sowjetland begonnen haben, den Sozialismus von der Idee zur Realität zu entwickeln.

Erstens ist seit damals bewiesen, daß Sozialismus und Menschlichkeit zusammengehören. Seither wird täglich deutlicher, daß es Humanismus in gesellschaftlichen Dimensionen und dauerhaft allein im Sozialismus geben kann. Wenn Menschlichkeit für Christen Mitmenschlichkeit bedeutet, wo könnten sie das auf der Welt besser gesellschaftlich wirksam praktizieren als in der sozialistischen Ordnung? Unser Streben nach Humanismus in diesen neuen Dimensionen realisieren wir an der Seite der Sowjetunion.

Zweitens ist seit damals bewiesen, daß Sozialismus und Freiheit zusammengehören. Die Menschen müssen nicht für alle Zeiten in der Ungerechtigkeit und Friedlosigkeit der Ausbeutergesellschaften verharren, sondern können zu neuen Ufern einer wahrhaft freien menschlichen Gesellschaft gelangen. Im Laufe der Jahre ist uns dies als Christen immer gewichtiger geworden und hat uns an die Seite der Sowjetunion geführt.

Drittens ist seit damals bewiesen, daß Sozialismus und

Friede zusammengehören. Was die Welt heute an Frieden hat, verdankt sie im Ursprung dem weltverändernden Ereignis der Oktoberrevolution. Und wer heute in der Welt noch Unfrieden stiftet, sieht sich in seinen Plänen immer wirksamer von der Macht des Sozialismus durchkreuzt. Als Christen fühlen wir uns dem Frieden unter den Menschen und Völkern verpflichtet. Wir wollen deshalb unseren Friedensdienst an der Seite der Sowjetunion tun und helfen, daß der Sozialismus immer stärker wird.

Emil F u c h s hat uns gemahnt, wir sollten „die bedeutsamen und gewaltigen Ereignisse, die mit der Oktoberrevolution verbunden sind, als einen Ruf zur Besinnung betrachten, nunmehr unseren Beitrag zur Neuordnung der Gesellschaft zu leisten und für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Verständigung zu kämpfen“.

Das haben wir auf unserem bisherigen Weg so gehalten. In diesem Sinne schreiten wir weiter. Wir wissen uns dabei eins mit unseren christlichen Mitbürgern.

Uns allen wünsche ich, daß uns dies alles stets der Motor zu rechtem Friedensdienst sein möge, Motor für die umfassende Bewährung im Engagement für diese sozialistische Gesellschaft aus der Verantwortung christlicher Ethik.